

VW Streit der Töchter

Zwischen den einzelnen Marken des VW-Konzerns wächst der Streit um das geplante Sparprogramm, mit dem VW-Chef Martin Winterkorn die Kosten um fünf Milliarden Euro senken will. Die Töchter Audi und Porsche, die hochprofitabel sind, wollen ihre Investitionen nicht kürzen. Die Marke Volkswagen müsse ihre Kosten endlich senken, fordern Audi- und Porsche-Manager. VW leide unter Missmanagement. So habe die Marke weit über eine Milliarde Dollar in das Werk Chattanooga investiert, das jetzt nicht ausgelastet sei, weil die richtigen Modelle für den US-Markt fehlten. Die Fabrik soll hohe Verluste einfahren. Die Kosten bei Volkswagen seien auch deshalb so hoch, weil im Werk Wolfsburg für mehrere Hundert Millionen Euro neue Produktionsanlagen installiert wurden, die jetzt nur mangelhaft funktionierten. Wegen dieser beiden Probleme müssen Produktionsvorstand Michael Macht und Vertriebschef Christian Klingler wohl um ihre Posten fürchten. Manager von Audi und Porsche kritisieren auch ein Lieblingsprojekt von VW-Chef Winterkorn: die Entwicklung eines sogenannten Low-Budget-Car, das für rund 7000 Euro angeboten werden soll. Das Projekt werde nur wenig Gewinn abwerfen – und so die Konzernrendite weiter senken. haw



Affären Geldspur zur KfW



In der Korruptionsaffäre um den Verkauf von 15 „Eurofightern“ nach Österreich Anfang der Nullerjahre führt eine Spur zur staatlichen Förderbank KfW. Seit mehr als eineinhalb Jahren recherchieren Staatsanwälte in München und Wien den Verbleib von gut 70 Millionen Euro, die von der „Eurofighter“-Mutter EADS ab Ende 2004 an die Londoner Briefkastenfirma Vector Aerospace überwiesen wurden. Das geschah angeblich, um Gegengeschäfte in Milliardenhöhe im Zuge des Kampfjet-Geschäfts zu organisieren. Von Vector flossen Millionen in ein meh-

rere Dutzend Briefkastenfirmen umfassendes Netzwerk auf den British Virgin Islands, den Bahamas, der Isle of Man und in Asien. Geld ging unter anderem an eine Orient China Investment mit Sitz in Hongkong. Die überwies am 22. April 2010 jeweils 3,75 Millionen Euro auf die Liechtensteiner Konten zweier auf den British Virgin Islands registrierter Firmen namens Goldberg Corporate Limited und Harris Corporate Limited. Laut eines Rechtshilfeersuchens der österreichischen Ermittler an Liechtenstein gehören die inzwischen gelöschten Firmen dem mongolischen Staatsbürger Achitsaikhan B. Auf der Website der KfW wird der Doktor der Politikwissenschaften als „Lokaler Experte“ der Bank in ihrem Büro in der Mongolei geführt. B.s Name taucht zudem, zusammen mit dem eines Hamburger Geschäftsmannes, in weiteren Briefkastenfirmen auf, die über Vector fragwürdige Zahlungen

von EADS erhalten haben. Münchner Fahnder vermuten, dass dieses Geflecht womöglich zur Bildung schwarzer Kassen gedient haben könnte. Die KfW erklärt, B. sei kein fest angestellter Mitarbeiter der KfW, sondern Berater des Büros in Ulan Bator. B.s Geschäfte über Goldberg und Harris seien der Bank nicht bekannt. Es gebe zu den Firmen „keinerlei Geschäftsverbindung“. B. war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. EADS wollte sich mit Blick auf die laufenden Ermittlungen nicht äußern. Intern räumt man jedoch ein: „Wir haben keinen blassen Schimmer, was für eine Beratung hinter den Zahlungen an die beiden Firmen stand.“ mhs, js

Löhne EZB auf Kurs der Bundesbank

Die EZB unterstützt die Forderung der Bundesbank nach höheren Löhnen in Deutsch-

land. In manchen Krisenländern der Eurozone mit hoher Arbeitslosigkeit seien aktuell eher „niedrige Lohnabschlüsse erforderlich, um Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen“, sagt EZB-Chefvolkswirt Peter Praet. In Staaten wie Deutschland dagegen, in denen „die Inflationsrate niedrig und der Arbeitsmarkt in guter Verfassung ist“, seien höhere Verdiensteigerungen angemessen. Beides trage dazu bei, die Handels- und Kapitalströme in der Währungsunion auszugleichen und „die durchschnittliche Lohnentwicklung im Euroraum mit dem Inflationsziel der EZB von annähernd zwei Prozent in Einklang zu bringen“, sagt das EZB-Direktoriumsmitglied. Vertreter der Bundesbank hatten jüngst bei Gesprächen mit Gewerkschaftsfunktionären angeregt, den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum bei künftigen Tarifabschlüssen möglichst auszuschöpfen (SPIEGEL 30/2014). msa